

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN · Kreisverband Speyer

An
Frau Oberbürgermeisterin
Stefanie Seiler
Maximilianstrasse 100

67346 Speyer

Stadtratsfraktion Die Grünen Speyer

Jana Dreyer und Hannah Heller
Fraktionsvorsitzende B90/Die Grünen
67346 Speyer

jana.dreyer@gruene-speyer.de
hannah.heller@gruene-speyer.de

Speyer, 1. Juni 2026

Einführung einer Verpackungssteuer

Sehr geehrte Frau Oberbürgermeisterin Seiler,

die Ratsfraktion von Bündnis90/Die Grünen stellt die nachfolgende Anfrage, mit der Bitte um mündliche Beantwortung in der Klimaschutz Sondersitzung des Stadtrats am 11. Juni 2026.

Diese Anfrage basiert auf den Antrag (Vorgangsnummer 0228/2025) der am 06.02.2025 bereits gestellt und vertagt wurde. Die Vertagung wurde damit begründet, dass das Prüfungsergebnis des Prüfantrages (Vorgang 1723/2023) vom 5.11.2023 noch nicht vorlag.

Wir finden uns also drei Jahre nach Beschluss der Prüfung durch den Rat und mehr als ein Jahr nach dem Urteil zur Rechtmäßigkeit der Verpackungssteuer wieder in die Lage versetzte diese Anfrage erneut zu stellen.

Sollte die Stadt mittlerweile Prüfungsergebnisse vorliegen haben, freuen wir uns, diese anzuhören und mit abzuwägen.

Insgesamt vereint diese Anfrage die Ziele, Abfall zu reduzieren, die Vorgaben des EU-Mehrweggesetzes umzusetzen und zugleich den kommunalen Haushalt wieder ins Gleichgewicht zu bringen. Als Grundlage legen wir eine Beispielrechnung für Speyer vor, die auf den Erfahrungen der Stadt Tübingen basiert.

Anfrage:

- Wurden die relevant Verpackungseinheiten ermittelt?
- Wurden die Kosten der Verwaltung für den laufenden Betrieb der Verpackungssteuer ermittelt? Bitte stellen Sie die ermittelten Zahlen vor.
- Sind pessimistisch gerechnete 100.000 € als Überschuss nicht lohnend?

Begründung

A) Müllvermeidung

Die Stadt Tübingen nennt als Hauptziel die Verringerung von Einwegverpackungen im öffentlichen Raum. Die Steuer soll einen finanziellen Anreiz schaffen, auf Mehrwegsysteme umzusteigen. EU-Verbot für Einwegverpackungen erfordert eine konsequent umgesetzte Mehrweg-Pflicht.

B) Verursacherprinzip

Boris Palmer argumentiert, dass die Kosten für Vermüllung und Stadtreinigung teilweise von den Verursachern getragen werden sollen statt ausschließlich von allen Steuerzahlern.

C) Mehrwegförderung

Die Steuer wirkt indirekt wie ein Preisaufschlag auf Einwegverpackungen. Mehrwegbehälter werden dadurch relativ attraktiver. Laut Palmer habe sich die Zahl der Betriebe mit Mehrwegangeboten deutlich erhöht.

D) Kommunale Einnahmen

Tübingen erzielt zusätzliche Einnahmen für den Haushalt. Bereits im Einführungsjahr lagen die Steuerbescheide bei rund 1 Mio. Euro. Andere Städte rechnen ebenfalls mit ähnlichen Größenordnungen.

E) Rechtliche Sicherheit

Seit der Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts 2025 gilt das Instrument grundsätzlich als rechtlich zulässig. Dadurch ist das Risiko langwieriger Rechtsstreitigkeiten deutlich gesunken.

F) Politische Umweltziele

In Speyer argumentierten Befürworter aus CDU, Grünen und SWG mit Ressourcenschonung, Nachhaltigkeit und Reduktion des Einwegmülls.

Müllarten:

Müllart	Relevanz für Verpackungssteuer
Kaffeebecher	hoch
Burgerboxen	hoch
Dönerverpackungen	hoch
Pizzakartons	hoch
Getränkebecher	hoch

Geschätzter Verwaltungsaufwand

Es müssen:

- Betriebe erfasst,
- Steuerbescheide erstellt,
- Kontrollen durchgeführt,
- Rechtsfragen bearbeitet

werden.

Geschätzte Belastung für Gastronomie

Restaurants, Imbisse und Bäckereien müssen:

- Kassensysteme anpassen,
- Buchhaltung erweitern,
- Steuererklärungen ergänzen.

Abschätzung für Speyer: Kosten gegen Nutzen

Da keine offiziellen Zahlen der Stadt Speyer veröffentlicht wurden, kann man nur eine Näherungsrechnung erstellen.

Referenz: Tübingen

Bekannte Größen:

- ca. 92.000 Einwohner
- ca. 2 Mio. Einwegverpackungen pro Jahr
- etwa 1 Mio. € Steuerbescheide jährlich

Einwohnervergleich

Speyer hat etwa 52.000 Einwohner.

Das entspricht ungefähr:

52.000 / 92.000 ~ 57 % von Tübingen.

Wenn das Konsumverhalten identisch wäre:

2.000.000 0,57 ~ 1.140.000

Einwegverpackungen pro Jahr.

Mögliche Einnahmen

Nimmt man denselben Skalierungsfaktor:

1.000.000 € 0,57 ~ 570.000 €

Dann läge eine grobe Größenordnung bei:

0,4–0,7 Mio. € pro Jahr

je nach tatsächlicher To-Go-Nutzung.

Verwaltungskosten

Hier gibt es kaum veröffentlichte Zahlen.

In Diskussionen zu Freiburg wurden Größenordnungen von mehreren neuen Verwaltungsstellen genannt. Rechnet man konservativ:

- 2–3 Vollzeitstellen
- IT
- Rechtsbearbeitung
- Außendienst

ergibt sich ungefähr:

150.000 - 300.000 € pro Jahr.

Vereinfachte Netto-Rechnung

Szenario	Einnahmen	Kosten Verwaltung	Überschuss Netto
pessimistisch	400.000 €	300.000 €	100.000 €
mittel	570.000 €	220.000 €	350.000 €
optimistisch	700.000 €	180.000 €	520.000 €

Der entscheidende Punkt

Es könnten durchaus mehrere hunderttausend Euro Nettoüberschuss pro Jahr entstehen.

Für eine belastbare Entscheidung müsste die Stadt daher zunächst eine Schätzung der jährlichen To-Go-Verpackungsmengen durchführen.

Mit freundlichen Grüßen

Hannah Heller

Jana Dreyer

Fraktionsvorsitzende

Axel Utz

Stadtratsmitglied